

# „Einmischung“

## Programmatik und Empfindlichkeiten im Grenzbereich von Politik und Kirche

von Markus Vogt

Mit ungeahnter Vehemenz wurde die Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der Piusbruderschaft zum Anlass für einen tiefen Konflikt um das Verhältnis der katholischen Kirche zur modernen Gesellschaft. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Anerkennung der Menschenrechte, welche Voraussetzung integrationsfähiger Pluralität, Ausgangspunkt der moralischen Selbstreflexion moderner Gesellschaft nach der Shoa und theologischer Ort heutiger Gottesrede sind. Aus der Sicht der Christlichen Sozialethik kann dies nicht zur Disposition gestellt werden. Die öffentliche Leugnung der Menschenrechte und der Shoa begründet Recht und Pflicht zu einer Einmischung.

### **Einführung: Ebenen der Einmischung**

Die Bruderschaft „St. Pius X.“ lehnt wesentliche ethisch-politische Prämissen moderner Gesellschaft ab. Ihre führenden Vertreter sind bereit, den Antimodernisteneid zu unterzeichnen, lehnen Menschenrechte, Demokratie und Religionsfreiheit ab und zeigen häufig antisemitische Einstellungen<sup>1</sup>. Damit haben sie den Grundwertekonsens der modernen, freiheitlich-demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft aufgegeben. Vor diesem Hintergrund gab die Aufhebung der Exkommunikation von vier der Bruderschaft angehörenden Bischöfe durch Benedikt XVI. am 21. Januar 2009 Anlass zu einer intensiven Debatte um das Verhältnis der katholischen Kirche zu moderner Gesellschaft.

Kontrovers sind dabei nicht nur Inhalte, sondern auch formale Fragen nach Notwendigkeit, Recht und Grenzen ganz unterschiedlicher Einmischungen im Spannungsfeld von Politik und Glaube: Mit welchem Recht, wie und wann mischt sich einerseits Kirche in Fragen der Politik und andererseits Politik in Angelegenheiten der Kirche ein? Welchen Stellenwert haben Fragen der Beziehung zu moderner Gesellschaft für den christlichen Glauben? Komplex werden die damit verbundenen Konfliktlinien zusätzlich dadurch, dass sich Staat und Kirche nicht als geschlossene Blöcke gegenüberstehen, sondern – typisch modern – in sich je eine plurale Vielfalt aufweisen. Welche Befugnisse, sich in die

---

<sup>1</sup> Vgl. T. Rigl, Die Pius-Bruderschaft als fundamentalistische Bewegung, in: W. Beinert (Hg.), Vatikan und Pius-Brüder. Anatomie einer Krise, Freiburg 2009, 31–43: 37–43. Rigl analysiert anhand ausgewählter Merkmale nicht nur den Fundamentalismus in der Piusbruderschaft, sondern auch dessen politische Dimension. Die Bereitschaft, „mit unserem Blut den Antimodernisteneid zu unterschreiben“, hat der Generalobere Bischof Fellay in einem Brief vom 24.01.2009 erklärt (vgl. ebd., 40). Zur Ablehnung der Demokratie vgl. beispielsweise die Äußerung von Franz Schmidberger, Prior der Piusbruderschaft in Deutschland, von 2007: „Die Gewalt in Staat und Gesellschaft geht nicht vom Volk, von der Basis aus, sondern von Gott ...“ (zit. nach Rigl, Pius-Bruderschaft, 43).

öffentliche Debatte einzumischen, kommen den verschiedenen Instanzen in der Kirche zu? Wie viel Pluralität kann und soll es in der Katholischen Kirche geben? Im Folgenden wird der Versuch unternommen, von diesen grundsätzlichen Fragen her einige sozioethische Aspekte der Diskussion um die Piusbruderschaft zu beleuchten.

## 1. Glaube und Politik in moderner Gesellschaft

### *Religion ist keine bloße Privatsache*

Entgegen früheren Säkularisierungstheorien zeigt sich heute, dass die theologisch-ethische Debatte auch in modernen Gesellschaften und ihrer veröffentlichten Meinung keineswegs verschwindet<sup>2</sup>. Es gibt eine „postsäkulare“ Wiederentdeckung des Themas Religion in privaten, öffentlichen und auch ethisch-politischen Kontexten. Aus christlicher Sicht stellt sich die „Wiederkehr der Götter“ jedoch höchst ambivalent dar, da sie keineswegs mit einem vermehrten Zuspruch zu den Volkskirchen verbunden ist und sich zugleich mit einer Transformation religiöser Bewusstseins- und Ausdrucksformen verbindet, die weltweit mit neuen Formen politisch-kultureller Konflikte verbunden ist<sup>3</sup>.

Das Verhältnis zwischen Kirche und Öffentlichkeit in Deutschland scheint von einer paradoxen Spannung geprägt: Einerseits ist die gesellschaftliche Mitverantwortung der Kirchen anerkannt und von einer Mehrheit gewünscht. Den Kirchen wird in zahlreichen Gremien, die sich mit der ethischen Orientierung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung befassen, ein hohes Maß an Mitsprache eingeräumt. „Selbst Kirchenferne gestehen den Kirchen ein ethisches Mandat zu. Man erhofft von den alteuropäischen Traditionsmächten Orientierungswissen in den ethischen Konflikten, die in den pluralistischen Gesellschaften durch Rechtsetzung zu pazifizieren sind.“<sup>4</sup> Andererseits geraten die Kirchen in (post-)moderner Gesellschaft zunehmend in eine Randstellung und verlieren rapide an Einfluss auf die individuelle Lebensführung sowie die Gestaltung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

Die Formen, durch welche die Kirche ihre Mitverantwortung in grundlegenden ethischen, sozialen und kulturellen Fragen wahrnehmen kann, ändern sich unter den Bedingungen (post-)moderner Gesellschaft. Auch in ethisch-moralischen Fragen wird sie heute kaum noch als prinzipiell überlegene Instanz anerkannt, sondern lediglich als ein gesellschaftlicher Akteur unter anderen mit begrenzter Perspektive und Zuständigkeit<sup>5</sup>. In vie-

<sup>2</sup> Vgl. J. Casanova, *Public Religions in the Modern World*, Chicago 1994. Weltweit betrachtet stelle Europa mit seiner scharfen Ab- und Ausgrenzung der religiösen Sphäre ein Ausnahmephänomen dar; inzwischen trete eine „Normalisierung“ ein.

<sup>3</sup> Vgl. F.W. Graf, *Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur*, München 2004.

<sup>4</sup> Ders., *Klerikaler Paternalismus. Die Kirchen und das Sterben*, in: SZ (19.02.2009) 11. Zu ethisch-politischen Diskussionen um den Öffentlichkeitsauftrag des christlichen Glaubens und der Kirchen vgl. S. Schmidt; M. Weidell (Hg.), „Um der Freiheit willen ...!“ Kirche und Staat im 21. Jahrhundert, Freiburg 2002; W. Thierse (Hg.), *Religion ist keine Privatsache*, Düsseldorf 2000; M. Vogt, *Christliche Sozialethik: Warum und wie soll Kirche „politisch“ sein*, in: K. Hilpert; S. Leimgruber (Hg.), *Theologie im Durchblick. Ein Grundkurs*, Freiburg 2008, 148–159.

<sup>5</sup> N. Luhmann, *Die Religion der Gesellschaft*, Frankfurt 2007.

len Bereichen sind kirchliche Positionen in Politik und Öffentlichkeit marginalisiert. Die Öffentlichkeit hat ein höchst selektives Interesse an der Kirche. Darüber hinaus erhebt sie den Anspruch, bis zu einem gewissen Maß über innerkirchliche Entwicklungen informiert zu sein sowie Einfluss auf kirchliche Einstellungen zu gesellschaftlich relevanten Themen auszuüben.

Die Gleichzeitigkeit des postsäkular gestiegenen Interesses an Religion und fortschreitender Marginalisierung des kirchlichen Lebens im privaten wie gesellschaftlichen Bereich ist das prägende Merkmal gegenwärtiger kirchlicher Entwicklung in den meisten Ländern Europas. Diese Diskrepanz, die auch die Piusbruderschaft beunruhigt, ist der programmatische Ausgangspunkt ihres Versuches, eine radikale Alternative zur Stellung der Kirche in der modernen Gesellschaft anzubieten.

### *Die Ermöglichung lebendiger Demokratie*

Einen der bekanntesten Sätze zum Verhältnis von Staat und Kirche in moderner Gesellschaft hat Ernst-Wolfgang Böckenförde formuliert: „Der freiheitliche säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er um der Freiheit willen eingegangen ist.“<sup>6</sup> Der freiheitliche Staat könne einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewähre, aus der moralischen Substanz des Einzelnen, dem freiwilligen Engagement und einem gewissen Maß an Konsensfindung auf der Wertebene reguliere. Dies aber könne er nicht mit den Mitteln des Rechtszwangs autoritativ garantieren, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und einem Totalitätsanspruch zu verfallen.

Der systematische Vorrang der Freiheit in der modernen Demokratie kann also nur aufrecht erhalten werden, wenn die Menschen im sozialen, kulturellen, nachbarschaftlichen und verbandlichen Engagement ihre Freiheit dazu nutzen, eine gute und menschliche Gesellschaft zu gestalten. Das kann nicht erzwungen werden, aber es muss gezielt gefördert werden. Ein Welt- und Menschenbild oder ein Glaube, der die Bürger motiviert, sich Sinnfragen zu stellen und sich für andere zu engagieren, gehört also zu den Voraussetzungen, von denen die Demokratie lebt, die sie aber nicht selbst herstellen kann. Folglich hat der Staat ein vitales Interesse und die Pflicht, hellhörig zu werden, wenn gesellschaftlichen Gruppen, denen er die Pflege seiner Grundlagen anvertraut hat, den Anschein erwecken, sich von der Akzeptanz der grundlegenden Spielregeln der Demokratie wegzubewegen.

Der Sinnhorizont des christlichen Verständnisses von Gott, Mensch und Schöpfung fördert ein Ethos gelebter Solidarität und Humanität. Wenn die Kirche für diese Werte einsteht und dieses Ethos entfaltet, dann ist sie in einer ihrem Selbstverständnis angemessenen Weise politisch und ermöglicht lebendige Demokratie. Aus dieser Erkenntnis hat sich in den freiheitlich orientierten Gesellschaften des Westens eine intensive Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat ergeben, die darauf beruht, dass sich beide wechselseitig als unabhängige Größen anerkennen.

---

<sup>6</sup> E.-W. Böckenförde, *Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert* (Wiederabdruck eines Aufsatzes von 1964), München 2007, 71.

Gerade in Deutschland sind die Religionsgemeinschaften und Kirchen traditionell wichtige Stützen des sozialen und kulturellen Lebens.<sup>7</sup> Der Katholizismus ist in Deutschland wesentlich geprägt durch das intensive Engagement der kirchlichen Verbände, die sich bereits seit 1848 regelmäßig auf Bundesebene für gemeinsame ethisch-politische und theologische Reflexionen treffen.<sup>8</sup> Mit weit über fünf Millionen Mitgliedern in den kirchlichen Verbänden und Laienräten, die mehrheitlich im Bemühen um eine glaubwürdige soziale Praxis gegründet wurden und beispielsweise bei den Katholikentagen eine hohe Diskussionskultur pflegen, gibt es in Deutschland eine weltweit einmalige Tradition des kirchlichen Engagements in sozialen und politischen Fragen. Insbesondere durch die pastoralen Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils sind diese meist sehr gut in die kirchlichen Strukturen eingebunden.

Aus dem Engagement kirchlicher Verantwortungsträger und dem darauf gegründeten Netz vielfältiger Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche wachsen Erwartungen an bestimmte ethische und kommunikative Standards. Somit ergibt sich ein wechselseitiges Verhältnis kritischer Begleitung von Kirche und Staat bzw. Religion und Politik in moderner Gesellschaft. Dementsprechend ist auch die Diskussion um die Stellung der Piusbruderschaft innerhalb oder außerhalb der katholischen Kirche eine Frage von öffentlichem Interesse. Wenn führende Vertreter der Bruderschaft St. Pius X. die humanen Sinnpotenziale moderner Gesellschaft in grundsätzlicher Weise ablehnen<sup>9</sup>, dann gefährden sie damit die Basis der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Gesellschaft. Dafür mag es in einigen Bereichen Gründe geben, die zu diskutieren sind. Dies ist dann aber auch eine öffentlich relevante Angelegenheit.

### *Die Menschenrechte als theologischer Ort heutiger Gottesrede*

Die transzendente, jeder politischen Herleitung aus Bürgerrechten vorgelagerte Stellung der Menschenrechte zeigt sich darin, dass die Menschenrechte gerade dann, wenn sie verletzt werden, nicht zum Verstummen gebracht werden können und sich damit als Maßstab kritischer Machtkontrolle erweisen. Gerade in der Negation repräsentieren sie die Stimme der Stummgemachten, den Schrei der Ungehörten, eine nicht domestizierbare Macht aus namenloser Ohnmacht. Die Menschenrechte sind „ein Ort, um hier und heute im Zeichen der angetasteten Würde von Menschen, von Gott zu sprechen“<sup>10</sup>. Da die Menschenrechte weder aus politischer Zuerkennung noch aus biologischen Vorgegebenheiten abgeleitet sind, transzendieren sie alles Politische und Biologische. Die Rede von Men-

<sup>7</sup> Thierse, Religion (Anm. 4).

<sup>8</sup> Zum Sozialkatholizismus, der als Laienbewegung das Gesicht der Kirche in Deutschland und ihre Beziehung zur Politik in besonderer Weise geprägt hat, vgl. A. Baumgartner, Entwicklungslinien des deutschen (Sozial-)Katholizismus, in: M. Heimbach-Steins (Hg.), Christliche Sozialethik. Ein Lehrbuch, Bd. I, Regensburg 2004, 165–186.

<sup>9</sup> Rigl, Pius-Bruderschaft (Anm. 1), hier bes. 32–35 (Definitionsmerkmale des Fundamentalismus) und 39–43 (Belege durch Zitate führender Vertreter der Piusbruderschaft).

<sup>10</sup> H.-J. Sander, „Macht im Zeichen der Opfer. Die Gottesspur der Menschenrechte“, in: T. Eggensperger; U. Engel; F. Prcela (Hg.), Menschenrechte. Gesellschaftspolitische und theologische Reflexionen in europäischer Perspektive, Münster 2004, 93. Vgl. dazu auch J.-B. Metz, Memoria Passionis. Ein provozierendes Gedächtnis in pluraler Gesellschaft, Freiburg 2006.

schenrechten als Recht der Entrechteten wird zu einer neuen Form der Gottesrede. Im Zeichen des Kreuzes hat Gott die Macht der Ohnmacht begründet. Im Ruf zur Nachfolge befähigt er Menschen, dieser Grammatik der Ohnmacht durch solidarische Zuwendung zum Notleidenden Wirksamkeit zu verleihen.<sup>11</sup> Für eine Theologie nach Auschwitz hat dieser Ruf zur Nachfolge im Zeichen der Menschenrechte einen zentralen, zugleich politisch brisanten Stellenwert gewonnen.

Die Verletzung der Menschenwürde in der Shoa ist in besonderer Weise Ausgangspunkt der moralischen Selbstreflexion demokratischer Gesellschaften und ihrer Verpflichtung auf die unbedingte Würde des Menschen, wie sie auch im Grundgesetz Deutschlands sowie in der Erklärung der Menschenrechte durch die UNO festgehalten ist. Wer sich weigert, wie Bischof Williamson von der Piusbruderschaft, diesen Lernprozess und dieses *fundamentum inconcussum* von religiöser und politischer Ethik anzuerkennen, dem fehlt jegliche Grundlage für eine angemessene ethische Verständigung in moderner Gesellschaft. Weil die Shoa der universalen Heilsbotschaft Jesu radikal widerspricht, kann man deren Leugnung auch hinsichtlich des Glaubens nicht als Nebensache abtun. Die Menschenrechte sind keine neomodische Zutat zum christlichen Glauben, sondern vielmehr Ausdruck ihrer ethisch-politischen Substanz unter den Bedingungen moderner Gesellschaft.

## 2. Recht und Grenzen staatlicher Einmischung in kirchliche Angelegenheiten

### *Der Konflikt um die Äußerungen der Bundeskanzlerin*

Die öffentliche Kritik des Papstes von Seiten der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel am 4. Februar 2009 hat eine heftige Diskussion über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ausgelöst. Im Allgemeinen, so Merkel, sei es nicht an ihr, innerkirchliche Entscheidungen zu bewerten, doch in diesem Fall gehe es um eine Grundsatzfrage: „Das ist nach meiner Auffassung nicht nur eine Angelegenheit der christlichen, der katholischen und der jüdischen Gemeinden in Deutschland, sondern es geht hier darum, dass von Seiten des Papstes und des Vatikans sehr eindeutig klargestellt wird, dass es keine Leugnung [des Holocaust] geben kann und dass es natürlich einen positiven Umgang mit dem Judentum insgesamt geben muss.“<sup>12</sup>

Daniel Deckers kommentierte dazu in der FAZ: Die Einlassung der Bundeskanzlerin „widersprach jedem politischen Anstand“ und „erinnert auch an längst vergangen ge-

<sup>11</sup> Der Salzburger Dogmatiker Hans-Joachim Sander plädiert für einen Paradigmenwechsel im theologischen Zugang zu den Menschenrechten: Ausgangspunkt könne nicht die vermeintliche Notwendigkeit einer transzendentalen Begründung sein, da diese nur zu leicht für die Durchsetzung religiöser Macht und den Versuch, Gott in die Partikularismen der Religionsgemeinschaften einzusperren, missbrauchbar sei. Dadurch würde das damit verbundene Friedensprojekt gerade konterkariert. Da jedoch auch die aufgeklärte Vision der Menschenrechte im „20. Jahrhundert grausam zerstört“ worden sei (Sander, Macht [Anm. 10], 83), bleibe nur der Ausgang von den Opfern her „im Zeichen der angetasteten Würde“ (ebd., 90).

<sup>12</sup> E. Lohse, Merkel und der Papst. Das Fass läuft über, in: FAZ (15.03.2009) (www.faz.net, Zugriff am 15.03.2009).

glaubte Zeiten, in denen evangelische Landesherren als oberste Bischöfe das Kirchenregiment ausübten und ein Reichskanzler namens Bismarck einen Kulturkampf gegen die katholische Kirche führte“.<sup>13</sup> Auch andere haben mit scharfer Kritik reagiert: „Auf nie dagewesene Weise hat sich ein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland so in die Belange der katholischen Kirche eingemischt wie jetzt Bundeskanzlerin Angela Merkel.“<sup>14</sup> Sie habe den innerkirchlichen Konflikt in die Sphäre der Tagespolitik geholt. Der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Werner Münch, trat aus der CDU aus mit der Begründung, dass er empört darüber sei, wie die Kanzlerin den Papst öffentlich diskreditiert und gedemütigt habe.

Angela Merkel verteidigte ihre Kritik als Teil der deutschen Staatsräson, wonach eine Leugnung des Holocaust niemals unbeantwortet im Raum stehen bleiben dürfe. Es handelt sich um einen strafrechtlich relevanten Tatbestand und in Deutschland liegt eine Strafanzeige gegen Bischof Williamson vor<sup>15</sup>. Vor diesem Hintergrund sowie aufgrund des Umstandes, dass die antisemitischen Äußerungen von Williamson weder in Bezug auf seine Person noch in Bezug auf die Bruderschaft St. Pius X. insgesamt vereinzelt oder isoliert zu sehen sind, scheint es mir berechtigt, dass die Bundeskanzlerin sich hier zu Wort meldet. Im Kontext der antisemitischen Grundströmung in der Piusbruderschaft wird die Stellung der katholischen Kirche zu dem Holocaust-Leugner Williamson eine politisch relevante Angelegenheit.

Bei aller Empörung darüber, dass eine Bundeskanzlerin den Papst kritisiert, sollte man bedenken, dass es sich um eine spontane Äußerung am Rande einer Pressekonferenz mit dem kasachischen Ministerpräsidenten handelte. Angela Merkel hat nach Medienberichten noch am selben Tag mit dem Papst telefoniert und auch mit Erzbischof Zollitsch als dem Vorsitzenden der DBK und danach ihren Respekt gegenüber dem persönlichen Verhältnis des Papstes zum Judentum öffentlich bekundet. Auch wenn die Bundeskanzlerin höchst empfindlich viele traditionelle Formen der Einflussnahme der Kirchen auf die Politik zurückweist, ist sie nicht die Protagonistin eines neuen protestantischen Kulturkampfes gegen den Katholizismus, sondern handelt nach Maßgaben von Differenzierungen, die auch aus Sicht der katholischen Sozialethik angemessen sind und im Rahmen sachlicher Diskurse ausgetragen werden müssen<sup>16</sup>.

<sup>13</sup> D. Deckers, Kritik der Kanzlerin am Vatikan. Unglückliche Einlassungen, unselige Tradition, in: FAZ (04.02.2009) ([www.faz.net](http://www.faz.net), Zugriff am 06.03.2009).

<sup>14</sup> G. Bannas, Merkel und der Vatikan. Ein Beichtgespräch nach der Kritik am Papst?, in: FAZ (04.02.2009) ([www.faz.net](http://www.faz.net), Zugriff am 06.03.2009).

<sup>15</sup> Dies ist insofern eine deutsche Staatsangelegenheit, als die öffentliche Holocaust-Leugnung von Bischof Williamson in einem Interview im Oktober 2008 im bayerischen Zaitzkofen bei Regensburg stattfand (gesendet wurde sie erst im Februar 2009 im schwedischen Fernsehen).

<sup>16</sup> Immer wieder bietet die Bundeskanzlerin bei Kirchentagen sowie anderen – auch katholischen – kirchlichen Veranstaltungen theologische Reflexionen an. Diese sind meist biblisch geprägt, oft unkonventionell und bisweilen überraschend persönlich. Das Misstrauen der Pastorentochter gegen eine wechselseitige Vereinnahmung von Kirche und Politik ist weder von einem Desinteresse an Theologie, Glaube und Religion geprägt noch anti-katholisch. Vgl. dazu V. Resing, Angela Merkel. Die Protestantin, Leipzig 2009.

### *Das Verhältnis von Kirche und Judentum als öffentliche Angelegenheit*

Gegen die öffentliche Aufregung ist zunächst festzustellen, dass die beiden Ereignisse der Holocaust-Leugnung von Bischof Williamson und der Rücknahme der Exkommunikation der 1988 von Erzbischof Lefebvre gegen den Willen des damaligen Papstes geweihten Bischöfe zu trennen sind.

Dennoch ist klar, dass ein Bischof, der die Shoa leugnet, untragbar ist, sowohl für die Kirche als auch für den Staat. Der Dialog mit dem Judentum ist nicht nur für die katholische Kirche, sondern ebenso für die deutsche Gesellschaft insgesamt von fundamentaler Bedeutung. Das Interview von Bischof Williamson mit der Holocaust-Leugnung war keine vereinzelte und völlig überraschende Äußerung. Schon Jahre zuvor hatte er sich klar antisemitisch positioniert<sup>17</sup>.

Die Piusbruderschaft pflegt eine inakzeptable Nähe zu antisemitischen und antidemokratischen Kreisen<sup>18</sup>. Daher besitzt die Äußerung des deutschen Priors der Bruderschaft „St. Pius X.“, Franz Schmidberger, in einem Brief an die deutschen Bischöfe vom Dezember 2008 über ihre religiöse Seite hinaus auch eine politische Dimension: „Die Juden unserer Tage“ seien „nicht nur nicht unsere älteren Brüder im Glauben, sie sind vielmehr des Gottesmordes mitschuldig, solange sie sich nicht durch das Bekenntnis der Gottheit Christi und die Taufe von der Schuld ihrer Vorväter distanzieren“<sup>19</sup>.

Vor diesem Hintergrund sind Versuche, die Aufhebung der Exkommunikation und ihre Umstände als bloßen Management- und Kommunikationsfehler der Vatikanischen Diplomatie-Behörden zu erklären, weil die Äußerung von Bischof Williamson nicht bekannt gewesen sei, eine unangemessene Verharmlosung des Sachverhaltes<sup>20</sup>. Man muss davon ausgehen, dass die antisemitische Haltung von Williamson und zahlreichen Vertretern der Piusbruderschaft bei den zuständigen Behörden bekannt war, aber mit Blick auf die Aufhebung der Exkommunikation als nicht relevant betrachtet wurde. Kirchenrechtlich mag dies angemessen sein. Dass aber das Dekret davon spricht, dass es „die gegenseitigen vertrauensvollen Beziehungen stärken“ wolle<sup>21</sup>, ist jedem ein Ärgernis, der weiß, wie harsch mit anderen „Problemfällen“ umgegangen wird. Mit einer Gruppierung, deren

<sup>17</sup> W. Homolka, Wir haben verstanden. Juden sollen wieder missioniert werden, Erzreaktionäre dürfen zurück in die Kirche – das eindeutige Pontifikat von Benedikt XVI., in: SZ (04.02.2009) 2.

<sup>18</sup> Vgl. K. Nientiedt, Verspäteter Antimodernismus. Die Wurzeln der Lefebvrebewegung liegen vor dem Konzil, in: HerKorr 63 (4/2009) 174–178, der u.a. Beziehungen zur rechtskatholischen Action françaises sowie zum Front National von Jean-Marie Le Pen in Frankreich herausstellt; vgl. auch P. Hünermann, Excommunicatio – Communicatio. Versuch einer Schichtenanalyse der aktuellen Krise, in: HerKorr 63 (3/2009) 119–125; 121; S. Haering, Die Pius-Bruderschaft, ihre Bischöfe und das Kirchenrecht, in: W. Beinert (Hg.), Vatikan und Pius-Brüder. Anatomie einer Krise, Freiburg 2009, 77–96; 78.

<sup>19</sup> Zit. n. Homolka, Wir haben verstanden (Anm. 17), 2.

<sup>20</sup> Vgl. dazu u.a. F.W. Graf, Mein Tun ist nicht von dieser Welt. Papst Benedikt XVI. ist Josef Ratzinger treu geblieben, in: Beinert, Vatikan und Pius-Brüder (Anm. 18), 201–205. In der Theologie von Josef Ratzinger/Papst Benedikt gebe es für die Außenperspektive auf die Kirche als gesellschaftlichen Akteur keinen systematischen Ort (Graf, Mein Tun, 204), er habe niemals moderne Sozialtheorien rezipiert und könne staatliche Institutionenordnungen, ideenpolitische Diskurse und andere gesellschaftliche Akteure nur sehr unscharf wahrnehmen.

<sup>21</sup> Kongregation für die Bischöfe, Dekret: Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der Bruderschaft „St. Pius“ (21.01.2009), in: Beinert, Vatikan und Pius-Brüder (Anm. 18), 232–233.

führende Vertreter sich seit Jahren in der Öffentlichkeit aggressiv antisemitisch und menschenrechtsfeindlich äußern und deren Mitglieder in verschiedenen Ländern Europas eine besondere Nähe zum nationalistischen und antidemokratischen Spektrum aufweisen, kann es keine offizielle Fortsetzung von vertrauensvollen Beziehungen geben.

Die Bruderschaft St. Pius X. erkennt jeder nichtkatholischen kirchlichen oder religiösen Gemeinschaft nur einen minderwertigen Status zu. Fremden Religionen solle auch die volle Anerkennung im Staat verweigert werden. Ihre Protagonisten wollen eine Gesellschaftsordnung, welche den religiösen Pluralismus ablehnt<sup>22</sup>. „Da es nur eine wahre, von Gott gestiftete Religion gibt, verbietet sie falsche Religionen und Kultur oder duldet diese allenfalls nach den Grundsätzen der Klugheit, ohne ihnen jemals ein Naturrecht auf Existenz zuzugestehen.“<sup>23</sup> Damit lehnen sie die Fundamente der Religionsfreiheit und implizit die Trennung von Religion und Politik ab. Dies ist weder mit der deutschen Verfassungsordnung vereinbar, noch geht es mit dem Kirchen- und Religionsverständnis des Zweiten Vatikanums konform.

Die Äußerungen prominenter Vertreter der Bruderschaft St. Pius X. sind dem Programm des „solidarischen und umfassenden Humanismus“ diametral entgegengesetzt, der nach dem Kompendium der Soziallehre der Kirche die Grundlage für den Weg der Kirche in das dritte Jahrtausend ist<sup>24</sup>.

### 3. Öffentliche Einmischung von Theologen und kirchlichen Gremien in die Diskussion

Es gab und gibt auch eine ungewöhnlich intensive „Einmischung“ vieler Katholiken, kirchlicher Gremien und Theologen in die öffentliche Debatte um die vatikanische Aufhebung der Exkommunikation der vier Bischöfe der Piusbruderschaft. Auch diese Einmischung in eine Entscheidung des Papstes und der vatikanischen Behörden wird sehr unterschiedlich bewertet. Papst Benedikt sprach in einem sehr persönlichen Brief vom 10. März 2009 zur Verteidigung seiner Entscheidung von „sprungbereiter Feindseligkeit“, mit der viele auf ihn „einschlagen zu müssen glaubten“<sup>25</sup>. Das Austragen von kirchlichen Konflikten in der Öffentlichkeit ist für die katholische Kirche eine Angelegenheit von besonderer Empfindlichkeit. Auch hier besteht Klärungsbedarf hinsichtlich des Rechtes und der Grenzen solcher Einmischungen.

<sup>22</sup> *Rigl*, Pius-Bruderschaft (Anm. 1), 39–43. Zur komplexen Frage der Religionsfreiheit in pluralen Gesellschaften vgl. *P. Parolin*, Der Stellenwert der Religionsfreiheit aus Sicht der katholischen Kirche, in: zur debatte (1/2008) 6–7.

<sup>23</sup> So Schmidberger, der Distriktobere der Piusbrüder in Deutschland; vgl. *N. Ebertz*, Was ist ein katholischer Fundamentalist?, in: Christ in der Gegenwart (13/2009) 173f.

<sup>24</sup> *Justitia et Pax*, Kompendium der Soziallehre der Kirche, Freiburg 2006, 27–37; vgl. dazu auch die neue Sozialenzyklika von *Benedikt XVI.*, Caritas in veritate, Nr. 87.

<sup>25</sup> *Benedikt XVI.*, Brief an die Bischöfe der Katholischen Kirche in Sachen Aufhebung der Exkommunikation der vier von Erzbischof Lefebvre geweihten Bischöfe (10.03.2009), in: Beinert, Vatikan und Pius-Brüder (Anm. 18), 249–256.



### *Stellungnahmen in der deutschen Kirche*

Eine der schärfsten, aber auch scharfsinnigsten Stellungnahmen zu dem Konflikt von theologischer Seite kommt von Peter Hünermann. Er sieht die öffentliche Einmischung der Theologen als notwendigen Widerstand gegen einen „skandalösen Amtsfehler des Papstes“<sup>26</sup>. Der Kernpunkt sei, dass auch ein Papst die authentische Auslegung des Zweiten Vatikanums nicht von Verhandlungen mit einer schismatischen und häretischen Gruppe abhängig machen dürfe. Hünermann zufolge geht es um den sachlichen Streit über die Stellung der Kirche in der modernen Welt: „Der Papst sieht die Akzeptanzkrise der Kirche in der modernen Welt und ist der Überzeugung, dass in der Rückgewinnung ganz traditioneller Kreise *die* Zukunft der Kirche liegt.“<sup>27</sup>

Mehrere theologische Fakultäten haben sich zu Wort gemeldet und ihrer tiefen Sorge um den Weg der Kirche sowie um die Art und Weise der kirchlichen Kommunikation Ausdruck verliehen.<sup>28</sup> Zahlreiche Theologieprofessoren unterschrieben öffentlichkeitswirksam eine Erklärung zur ungeteilten Anerkennung des Zweiten Vatikanums, die im Kontext dieser Debatte neu auch von der Kirchenleitung sichergestellt werden müsse. Der Regensburger Bischof Müller drohte ihnen daraufhin mit disziplinarischen Maßnahmen wegen mangelnder Loyalität<sup>29</sup>. Doch handelt es sich wirklich darum, dass Katholiken nicht mehr treu zu ihrer Kirche stehen, wenn sie dogmatische Grundlegungen eben dieser Kirche verteidigen und sich gezwungen sehen, ihrer schweren Sorge um den Glauben Ausdruck zu verleihen? Was den einen als ungehörige Einmischung gilt, betrachten andere es als loyale Wahrnehmung ihrer Christenpflicht, für die Wahrheit des Glaubens mit Wort und Tat einzustehen.

Die deutschen Bischöfe haben in der Sache klar Stellung bezogen und die Anerkennung des Zweiten Vatikanums zur unverhandelbaren Vorbedingung für jede kirchliche Anerkennung der Piusbruderschaft erhoben und geschlossen erklärt, dass sich diese außerhalb der katholischen Tradition gestellt und die Einheit mit dem Papst aufgekündigt habe<sup>30</sup>.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken bezeichnete den Bruch der Piusbruderschaft mit der katholischen Kirche als logische Folge ihres Beharrens auf der Ablehnung des Zweiten Vatikanischen Konzils<sup>31</sup>.

### *Formale Schismen und informelle Entfremdungen*

Eine zentrale Aufgabe des Papstamtes ist die Sorge um die Einheit der Kirche. Es gibt auch in jüngerer Zeit Beispiele, die das leidenschaftliche und erfolgreiche Ringen um die

<sup>26</sup> Hünermann, *Excommunicatio* (Anm. 18), 123, 125.

<sup>27</sup> Ebd., 125.

<sup>28</sup> So beispielsweise die Fakultäten von Freiburg, Tübingen, Bochum, Münster; vgl. dazu jeweils die Webseiten der Fakultäten.

<sup>29</sup> M. Maier-Albang, Professoren sollen sich beim Papst entschuldigen. Regensburger Bischof Müller verlangt Treueid von drei Theologen, die eine Petition für das Zweite Vatikanische Konzil unterschrieben haben, in: SZ (17.02.2009) 6.

<sup>30</sup> Erklärung der deutschen Bischöfe zum gegenwärtigen Weg der katholischen Kirche, 5. März 2009, abgedruckt in: Beinert, *Vatikan und Pius-Brüder* (Anm. 18), 245–248.

<sup>31</sup> Vgl. Bericht vom 14.02.2009 auf [www.domradio.de/news/artikel\\_50561.html](http://www.domradio.de/news/artikel_50561.html) (Zugriff am 13.07.2009).

Einheit der Kirche mitsamt der Notwendigkeit schmerzhafter Kompromisse bezeugen, z.B. die Rekonkiliation von Bischöfen der Katholisch-Patriotischen Vereinigung in China, die sich zugunsten der Loyalität mit der Regierung von Rom losgesagt hatte<sup>32</sup>. Doch ist dieser Fall nicht mit dem der Piusbruderschaft vergleichbar, weil diese gerade nicht Opfer fehlender Religionsfreiheit ist. Man muss von Fall zu Fall prüfen, was vorrangig der Einheit dient und dabei auch die unterschiedlichen Perspektiven einzelner Länder und Gruppen unterscheiden.

In den deutschsprachigen Ländern lässt sich die grundlegende Erfahrung kirchlicher Entwicklung gegenwärtig vor allem durch den Begriff der Entfremdung kennzeichnen. Viele Christen, die sich in Staat und Kirche engagieren, sehen sich genau durch die Themen und Positionen, welche die Bruderschaft St. Pius X. vertritt, zunehmend hinsichtlich ihres Bemühens, den Glauben im Alltag von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Familie und Betrieb zu leben, im Stich gelassen. Wenn die Glaubensnot all dieser Menschen ignoriert wird zugunsten einer „väterlichen Sorge“ für die Anliegen einer Sektierergruppe, welche die kirchliche Anteilnahme an Freuden, Hoffnungen und Sorgen der Menschen in der modernen Gesellschaft hartnäckig ablehnt, dann führt dies Schritt für Schritt in ein breites, inoffizielles Schisma der Kirche, nämlich das der Entfremdung. „Denn das ist der eigentliche religiöse Skandal: dass die Interessen winziger sektiererischer Gruppen großzügig und erstaunlich rasch bedient werden, während die Reformanliegen, die zum Seelenheil der riesigen Mehrheit der Gläubigen schon seit Jahrzehnten auf Synoden gefordert wurden, von Rom ignoriert oder blockiert werden.“<sup>33</sup>

Auch die Unterwanderung der Kirche mit fundamentalistischem Gedankengut, das eine produktive Inkulturation des Glaubens in die moderne Gesellschaft unmöglich macht, gefährdet die Einheit der Kirche. Aus sozialetischer und pastoraler Sicht wiegt diese Gefahr schwerer als die der Abspaltung einer Gruppe, die sich selbst durch ihre antihumanistischen und letztlich auch antichristlichen Positionen ausgrenzt und ganz offensichtlich nicht integrationswillig ist, sondern das ideologische Machtinteresse verfolgt, die katholische Kirche von innen her aufzurollen und auf den vermeintlich rechten Kurs zurückzuführen<sup>34</sup>.

#### 4. Wichtiger als der Ansehensverlust der Kirche ...

Der Konflikt um die Piusbruderschaft hat tiefe Risse innerhalb der katholischen Kirche öffentlich gemacht und Entfremdungen sowie den Prozess massenhafter Kirchenaustritte beschleunigt. Er hat sich zu einer der schwersten Krisen des Ansehens der katholischen Kirche in der Öffentlichkeit seit Jahrzehnten entwickelt.

<sup>32</sup> S. Friedrich, Christen in der Volksrepublik China (Länderberichte der Konrad Adenauer Stiftung), Sankt Augustin 2003.

<sup>33</sup> Redaktion von Christ in der Gegenwart, Reform tut Not, in: Christ in der Gegenwart (7/2009) 73 (Sonderausgabe S. 5).

<sup>34</sup> Vgl. M. Meier-Ablang, Vergebliche Warnung an die Widerspenstigen, in: SZ (27./28.06.2009) 6, sowie verschiedene Äußerungen auf der der Piusbruderschaft nahe stehenden Webseite www.kreuz.net (Zugriff am 13.03.2009).

Zugleich hat der Konflikt jedoch auch eine positive Rückseite: Es ist bemerkenswert, mit welcher Intensität und theologischen Leidenschaft die Debatte in den Medien geführt wurde und mit welcher Deutlichkeit sich zahllose Katholiken für eine unverkürzte Anerkennung des Zweiten Vatikanischen Konzils heute einsetzen. Damit wurde die Debatte zum Anlass für eine neue Auseinandersetzung mit dem wegweisenden Konzil, das innerkirchlich noch längst nicht überall verstanden, angenommen und lebendig umgesetzt ist. Vielleicht ist eine solche Auseinandersetzung mehr wert als weihevollere Jubiläumsreden zum 50. Jahrestag der Ankündigung des Konzils.

Das Verhältnis zwischen Kirche und moderner Gesellschaft bleibt spannungsreich. Zu Recht weisen besorgte Christen – auch Vertreter der wissenschaftlichen Theologie und des Lehramtes – immer wieder auf vielfältige ethisch-moralische Dilemmata der Moderne hin. Doch die Kirche kann sich nicht mit bloßer Kritik und fundamentaler Ablehnung aus einer vermeintlich externen Perspektive begnügen. Es ist ihr Auftrag, die Inkulturation des Evangeliums in die heutige Zivilisation voranzutreiben und auf dieser Basis die Entwicklung der modernen Gesellschaft konstruktiv zu begleiten (vgl. *Gaudium et spes* 3).

With unexpected vehemence, the excommunication's invalidation of four bishops of the Pius Brotherhood caused a deep conflict with regard to the relation of the Catholic Church to modern society. Of central importance for this purpose is the recognition of the human rights, which are the prerequisite for an integratable plurality, the starting point for modern society's moral self-reflection after the Shoah and the theological place for contemporary talk of God. From the Christian Socioethics' point of view, this cannot be put up for negotiation. The public rejection of the human rights and the Shoah creates the right and obligation for an intervention.